

*Bst. a – Let. a**Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Kommission	24 Stimmen
Für den Antrag Kündig	8 Stimmen

*Bst. b – Let. b**Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Kommission	19 Stimmen
Für den Antrag Bühler	12 Stimmen

An den Nationalrat – Au Conseil national

91.020

Investitionshilfe an die Berggebiete

Investissements en faveur des régions de montagne

Différences – Divergences

Siehe Seite 440 hiervor – Voir page 440 ci-devant
Beschluss des Nationalrates vom 24. September 1991
Décision du Conseil national du 24 septembre 1991

Art. 1 Abs. 1

Antrag der Kommission
.... zusätzlich 800 Millionen

Art. 1 al. 1

Proposition de la commission
800 millions

Seiler, Berichterstatter: Der Nationalrat hat in der Vorlage «Investitionshilfe an die Berggebiete» eine Differenz geschaffen. Er beschloss in Artikel 1 Absatz 1 statt 900 Millionen Franken, wie sie unser Rat mit 17 zu 6 Stimmen beschlossen hatte, dem Bundesrat zu folgen und nur 670 Millionen Franken in den Fonds einzulegen. Er hat dies allerdings mit 58 zu 56 Stimmen sehr knapp getan.

Ihre Kommission hat darüber beraten und schlägt Ihnen vor, 800 Millionen Franken in den Fonds einzulegen. Damit folgt die Kommission nicht dem Antrag des Nationalrates respektive des Bundesrates, sondern hat immerhin noch eine Aufstockung auf 800 Millionen Franken beschlossen.

Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, die 900 Millionen Franken seien notwendig, schon weil von diesem Betrag bereits ein Drittel, d. h. 300 Millionen Franken, nur zur Deckung pender Gesuche vergeben ist. Auch hat sich gegenüber unserer ersten Beratung insofern nichts geändert, als bei verschlechterter Konjunkturlage und bei weiterer Öffnung unserer Grenzen die Berggebiete zuerst deren negative Folgen spüren. Trotzdem schlägt Ihnen Ihre Kommission mehrheitlich neu einen Fondsbeitrag von 800 Millionen Franken vor. Es sind vor allem drei Gründe, die den Ausschlag für eine Reduktion um 100 Millionen Franken gegeben haben:

1. Die sich verschlechternde Finanzlage des Bundes – dies, obwohl dem Bund gemäss Artikel 1 Absatz 2 die Möglichkeit gegeben wird, bei der Bemessung der Jahresraten seinen finanziellen Möglichkeiten Rechnung zu tragen;
2. das Versprechen von Herrn Bundesrat Delamuraz, wenn der Fonds bis zum Jahr 2000 tatsächlich nicht ausreichen werde, werde der Bundesrat vorzeitig ein neues Begehren zur weiteren Aeufnung des Fonds stellen;
3. die Ueberzeugung der Mehrheit, dass der Nationalrat wenn nicht den 900 Millionen Franken, so doch den 800 Millionen Franken zustimmen wird.

Im Namen der vorberatenden Kommission bitte ich Sie, dem Antrag auf eine Fondseinlage von 800 Millionen Franken für die Zeit bis zum Jahr 2000 zuzustimmen.

Frau Weber: Ich kann mich im Anschluss an das, was Herr Kündig bei der vorhergehenden Vorlage gesagt hat, sehr kurz fassen. Auch hier haben wir die Möglichkeit, wieder aufzustoßen, im Moment, wo das nötig ist. Aber mit Rücksicht auf die Bundesfinanzen ist es wichtig, dass wir jetzt eine disziplinierte Ausgabenpolitik betreiben. Ich möchte Sie deshalb bitten, dem Nationalrat bzw. dem Bundesrat zu folgen und bei 670 Millionen Franken zu bleiben.

Lauber: Der Sprecher der Kommissionminderheit des Nationalrates hat die durch unseren Rat am 10. Juni dieses Jahres vorgenommene Aufstockung des IH-Fonds von 670 auf 900 Millionen Franken als sachlich unbegründet bezeichnet. Dieser Aussage muss mit Bestimmtheit widersprochen werden. Die Fakten sind bekannt. Tatsache ist, dass nur eine massive Aufstockung der derzeit völlig unbefriedigenden Situation gerecht werden kann. 300 Millionen Franken werden einzig und allein dazu benötigt, um pendente Gesuche abzudecken. Die derzeitigen Wartezeiten sind für den Gesuchsteller nicht mehr zumutbar; sie machen jede vernünftige Planung in den Regionen zunichte. Der IH-Fonds ist nicht mehr funktionsfähig.

Der Nationalrat hat mit einem Zufallsmehr von 58 zu 56 Stimmen dem Antrag der Minderheit der nationalrätlichen Kommission und damit dem Bundesrat zugestimmt. Dieses Signal ist wohl vor allem mit Blick auf das veränderte finanzpolitische Klima des Bundes zu werten. Ihre vorberatende Kommission hat diesem Signal Rechnung tragen wollen und schlägt Ihnen heute einen Kompromiss vor: In Anbetracht der sich verschlechternden Finanzlage des Bundes müssen auch die IH-Regionen Bereitschaft zum Masshalten zeigen. Die Prioritäten sind wohl auch innerhalb der Regionen straffer zu setzen, und es ist unbedingt Nötiges vom Wünschbaren abzugrenzen. Diese Einsicht ist in den Regionen vorhanden; die Weiterführung der Infrastrukturbeiträge ist aber nicht zuletzt angesichts der sich zunehmend anbahnenden Wirtschaftsflaute unabdingbar.

Wenn Ihnen Ihre Kommission heute 800 Millionen Franken vorschlägt, dann tragen Sie damit nur einer dreiprozentigen Teuerung Rechnung. Der Kaufkraftverlust liegt ja zurzeit wesentlich höher. Wir haben in unseren Ueberlegungen auch dem Umstand Rechnung getragen, dass die gültige Finanzplanung Ende 1995 ausläuft und die jährlichen Zuschüsse des Bundes in diesen Fonds der Finanzplanung unterworfen sind. Bei den Subventionen des Bundes wird bekanntlich auf den aktuellen Stand der Teuerung abgestellt. Wir sehen gar nicht ein, weshalb man in diesem Bereich, nur weil es sich um Darlehen und nicht um Subventionen handelt, eine minimale durchschnittliche jährliche Teuerung von 3 Prozent nicht ausgleichen soll. Unser Vorschlag ist ein gut begründbarer Mittelweg, der dem Nationalrat auf halber Strecke entgegenkommt. Ich bitte Sie um Zustimmung zum Vorschlag der Kommission.

Rüesch: Nachdem ich die Kommissionssprecher gehört habe, bin ich erstaunt, dass die Kommission hier einlenkt, insbesondere auch, nachdem die Gegenposition von Frau Weber bezogen ist und bei der Behandlung des Geschäfts in unserem Rate eindeutig festgehalten wurde, dass die Erhaltung unserer Berggebiete eine nationale Aufgabe darstellt. Wir haben in der Kommission damals die entsprechenden Hearings mit Vertretern der Kantone Bern, Wallis, Glarus, Tessin und Jura durchgeführt. Diese haben uns anhand ihrer Buchhaltung eindrücklich darlegen können, was alles notwendig ist, um diese Aufgabe überhaupt zu erfüllen. An dem hat sich nichts geändert, und es besteht darum kein Grund, jetzt von unseren damaligen Berechnungen abzuweichen. Wir haben uns überzeugen lassen, dass die 900 Millionen Franken notwendig sind. Das ist keine Phantasiezahl. Darum gehen wir auch nicht zurück auf eine Phantasiezahl von 800 Millionen. Die Berggebiete können überall dort erhalten werden, wo die Infrastruktur ausgebaut werden kann. Ich will all die Beispiele

nicht wiederholen, die ich Ihnen damals im Rate kund und zu wissen getan habe; Sie können sie im Protokoll nachlesen. Die Kommission hat sich allzusehr von der nationalrätlichen Debatte beeindruckt lassen. Für mich ist der Entscheid im Nationalrat mit 58 zu 56 nicht unbedingt erheblich, um in diesem Moment einlenken zu müssen. Ich bin der Ueberzeugung, dass die Präsenz im Nationalrat bei der Behandlung dieses Geschäfts offensichtlich zu wenig repräsentativ war. Deshalb beantrage ich Ihnen im Interesse unserer Berggebiete, an unserem Beschluss von 900 Millionen Franken festzuhalten.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Qu'il soit dit que je défends l'orthodoxie, qu'aussi bien au premier débat j'ai apprécié ce que M. Kündig a apporté et que j'apprécie ce que Mme Weber apporte maintenant, et sans entamer les longues soirées nées de l'horaire d'hiver, je peux limiter à cela mon entretien: n'oubliez pas l'état des finances fédérales et n'oubliez pas que la politique de rigueur, donc de partage des dépenses entre plusieurs domaines d'activité aussi intéressants les uns que les autres, réclame la modération dans l'octroi des crédits-cadres pour l'ensemble du secteur.

Präsident: Es liegen folgende Anträge vor: Die Kommission beantragt 800 Millionen, Herr Rüesch 900 Millionen und Frau Weber 670 Millionen Franken.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Kommission	19 Stimmen
Für den Antrag Rüesch	17 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Kommission	29 Stimmen
Für den Antrag Weber	6 Stimmen

An den Nationalrat – Au Conseil national

91.3237

Motion Jelmini Konjunkturpolitik. Gesetz zum Vollzug von Artikel 31quinquies BV

Mozione Jelmini Politica congiunturale. Legge di applicazione dell'articolo 31quinquies della Costituzione federale

Motion Jelmini Politique conjoncturelle. Loi d'application de l'article 31quinquies cst.

Wortlaut der Motion vom 20. Juni 1991

Der Bundesrat wird eingeladen, ein Gesetz zum Vollzug von Artikel 31quinquies der Bundesverfassung vorzubereiten, mit dem eine wirksame Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und Gemeinden, Wirtschaft und Nationalbank im Bereich der Konjunkturpolitik institutionalisiert und die Richtlinienkompetenzen von Regierung und Parlament sichergestellt werden.

Testo della mozione del 20 giugno 1991

Il Consiglio federale è invitato ad elaborare una legge di applicazione dell'articolo 31quinquies della Costituzione federale che instauri una efficiente interazione della Confederazione, dei cantoni, dell'economia e della Banca nazionale nell'ambito della politica congiunturale, assicurando i compiti direttivi del governo e del Parlamento.

Texte de la motion du 20 juin 1991

Le Conseil fédéral est chargé d'élaborer une loi d'application de l'article 31quinquies de la Constitution fédérale afin d'instaurer une coordination efficace entre la Confédération, les cantons, la Banque nationale et l'économie privée dans le secteur de la politique conjoncturelle, conformément aux compétences du Gouvernement et du Parlement fédéraux en la matière

M. Jelmini: Nous avons aujourd'hui un renchérissement qui est environ le double de celui qui se vérifie dans la plupart des pays européens comparables. En même temps, notre économie se trouve dans une phase de stagnation. Les causes de cette situation pénible sont connues.

Bien que l'article constitutionnel sur la conjoncture établisse que la politique conjoncturelle est une tâche commune de la Confédération, des cantons, de l'économie et de la banque d'émission, l'orientation de la conjoncture et en particulier la lutte contre l'inflation sont pratiquement confiées entièrement à la Banque nationale. Les mesures adoptées dans ce sens depuis quelque temps ont causé des inconvénients considérables, surtout à l'industrie du bâtiment, à l'économie d'exportation, ainsi qu'aux locataires, par les augmentations des loyers complètement injustifiées et par la réduction de la construction de logements.

Des conséquences négatives du point de vue social et économique se produisent parce que nous ne disposons pas d'une politique conjoncturelle convenable qui permette d'intervenir rapidement et ponctuellement lorsque des tensions se produisent. Une politique qui vise à réaliser une évolution économique équilibrée doit pouvoir adopter plusieurs moyens, et à des niveaux différents. Elle doit avant tout intervenir dans les facteurs qui causent une surchauffe ou un renchérissement importants.

Etant donné que notre économie se trouve sur le chemin d'une intégration accrue dans une politique économique, monétaire et conjoncturelle européenne en développement, notre politique conjoncturelle doit considérer ces circonstances de façon appropriée. Il y a trois ans, une demande analogue, à laquelle j'ai d'ailleurs souscrit, a été adressée au Conseil fédéral par M. Lauber. La situation était alors différente, le renchérissement était très réduit, et entre-temps la Banque nationale a commencé une lutte contre le renchérissement qui a obtenu l'effet inverse. Ces dernières semaines, un groupe d'experts a élaboré un rapport qui devrait constituer la base d'une loi sur une évolution économique équilibrée. Je n'ai pas encore pu étudier ce rapport, mais j'ai l'impression qu'il va dans la bonne direction.

Nous avons surtout besoin d'une législation d'application de l'article 31quinquies de la Constitution fédérale, qui puisse établir la collaboration de la Confédération, des cantons, de l'économie et de la banque d'émission, en respectant les compétences prioritaires du Conseil fédéral et du Parlement. C'est pourquoi je vous prie de bien vouloir transmettre ma motion.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral est d'accord de recevoir cette motion en tant que motion – ce qui n'est pas très fréquent – parce que, d'une part, il a accepté la motion Lauber qui ne traitait pas spécialement du problème de la collaboration mais, d'une manière générale, demandait que l'on mette sous toit un instrument moderne pour permettre l'évolution économique équilibrée du pays dans le futur – on s'était rendu compte que la législation des années cinquante sur laquelle on travaillait était quelque peu dépassée, pour ne pas dire plus – et que, d'autre part, il a déjà fait usage des recommandations de cette motion puisqu'il peut mettre en consultation actuellement le projet de loi né du travail du groupe d'experts que nous avons mandaté.

Il est évident, dans ce sens, que le Conseil fédéral ne peut qu'accepter la motion de M. Jelmini et qu'examiner en particulier, lorsque le projet de loi sera revenu de la consultation, s'il y a lieu de renforcer encore le point de la coopération parfaitement légitime que vous avez soulevé, en aménageant encore les articles du projet de loi y afférent. Les résultats de la consultation ne sont pas encore gagnés, et il peut y avoir, à propos

Investitionshilfe an die Berggebiete

Investissements en faveur des régions de montagne

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	91.020
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	30.09.1991 - 16:00
Date	
Data	
Seite	807-808
Page	
Pagina	
Ref. No	20 020 579